



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/22

26. Januar 1950

## Sowjet-Justiz in Kriegsgefangenenlagern

sp. Bei der Kriegsgefangenenhilfe der SPD häufen sich Mitteilungen über die Ereignisse, die sich in den letzten Monaten in den russischen Kriegsgefangenenlagern abgestielt haben. Daraus geht hervor, dass die Russen etwa seit den Monaten September/Oktobor, am meisten aber im Dezember in sämtlichen Lagern eine Aussonderungsaktion vorgenommen haben. Während früher in Straflager versetzte Kriegsgefangene einigermaßen sorgfältig überprüft wurden, zeichnet sich die jetzige Aktion durch offensichtliche Systemlosigkeit aus, das einzige immer sichtbarer werdende Prinzip ist, dass wahrscheinlich jedes Lager ein bestimmtes Soll - etwa 30 Prozent der Lagerinsassen - an zurückzuhaltenden Kriegsgefangenen vorgeschrieben bekommt. Während, entgegen der bisherigen Praxis, auch Angehörige von sogenannten gesperrten Einheiten entlassen werden, kommen jetzt andererseits auch völlig unverdächtige Gruppen, wie Versorgungseinheiten, Personal der Schreibstuben, Sanitätspersonal usw. in Straflager.

Bis zum Herbst 1949, ehe die neue Aktion begann, konnte man die Zahl der innerhalb von vier Jahren unter fadenscheinigen Gründen zur Zwangsarbeit verurteilten Kriegsgefangenen mit rund 46.000 annehmen. Aus den Erzählungen jetzt heimgekehrter Kriegsgefangener, die die neue Aussonderungswelle miterlebt haben, sowie aus Briefen, die täglich in wachsender Zahl eintreffen, ergibt sich eine Zahl von schätzungsweise 160.000 "Ausgesonderten".

Die zahlreicheren Heimkehrertransporte um die Jahreswende hatten gezeigt, dass Moskau, ob unter dem Druck der Weltmeinung oder aus propagandistischen Gründen, sich entschlossen hatte, die Kriegsgefangenenlager zu leeren. Um sich dennoch eine möglichst grosse Zahl von Sklavenarbeitern zu erhalten, wird nun ein Teil der Kriegsgefangenen durch Gerichtsurteile in Strafgefangene verwandelt. Die Begründungen sind, wenn sie überhaupt geäußert werden, meist geradezu zynisch. In den Anfängen dieser grausamen Taktik stand

"Mundraub" an der Spitze, getarnt durch das "Gesetz zum Schutz des sozialistischen Eigentums" vom Sommer 1947. Hierfür gab es zwischen

fünf und 15 Jahre. Später kamen hinzu: "Verleumdung sowjetischer Einrichtungen", "Sabotage", "Fluchtversuch", "Arbeitsverweigerung" usw.

Als man auch mit diesen Begründungen nicht mehr auskam, erfand man die "Beihilfe an strafwürdigen Handlungen der Einheit"; "Spionage zu

Gunsten der Amerikaner" und schliesslich als Krönung "Unbefugtes Betreten sowjetischen Bodens". Mit dieser Begründung konnte man jeden

Kriegsgefangenen zu Zwangsarbeit verurteilen.

Im Lager 7270/3 in Borwitschi (bei Nowgorod) wurden, wie aus dem Schreiben eines Heimkehreres an die Kriegsgefangenenhilfe hervor-

geht, in der Zeit vom 1.11. bis 22.12.49 vier Generale, 300 Stabsoffiziere und 250 Subaltern-Offiziere und Mannschaften abgeurteilt. Diese

Angaben decken sich mit dem Schreiben eines ehemaligen Majors, der gleichfalls aus dem Lager 7270 kam und mitteilte, dass von tausend

Lagerinsassen 550 angeklagt waren. Bis zu seiner Abfahrt Anfang Dezember waren davon ein Mann zu 10, ein anderer zu 15 und 238 zu je 25

Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im Lager 7062/2 (Kiew) war ein Transport von rund 1000 Mann zur Heimkehr bereitgestellt. Am 10.12.49 tra-

fen 30 Polit-Kommissare im Lager ein, griffen 150 Mann aus dem Transport und liessen sie in das Vernehmungslager 7062/4 überführen. Der

Transport ging ohne diese Männer ab, man hat von ihnen seither nichts mehr gehört.

Im Lager Sysseran (7399) wurden 250 Mann zurückgehalten. "Am 3. Dezember", so heisst es in dem Brief eines Heimkehrers u.a., "begann

die MWD ihre Tätigkeit. Die ersten acht Tage wurden täglich etwa 18-22 Leute zum Verhör geholt und nachts mit geschorenen Köpfen ins

Ortsgefängnis gebracht. Es handelte sich um Leute, die entweder bei einer früheren Vernehmung Geständnisse gemacht hatten oder denunziert

worden waren. Durchweg Lächerlichkeiten: "wegen Mähens einer Wiese", "Besorgung von Hefer für Pferde" usw. Angehörige der SS wurden, wenn

man sie nicht irgend welcher völlig frei erfundener Dinge (Ermordung von Frauen usw.) bezichtigte, einfach als Angehörige einer Verbrecher-

Organisation angeklagt. Den Pionier-Offizieren warf man irgend welche Sprengungen vor, die in keinem Falle stimmten, den akademisch gebilde-

ten Männern "Unterstützung des Nationalsozialismus als Angehörige der deutschen Intelligenz" und bei Leuten, die ihres zivilen Berufes wegen

zurückbehalten wurden, wurde einfach ein "§ 17" als Verhaftungsgrund angenommen, über dessen Inhalt die Verhafteten vor Gericht aufgeklärt

werden sollten. Den Höhepunkt hatten diese Vernehmungen in der Nacht auf den 15. Dezember, in der etwa 120 Mann verschwanden. Unser Transport fuhr in der Nacht auf den 18. Dezember ab".

Das sind einige knappe Auszüge aus drei Heimkehrerbriefen. Bei der Kriegsgefangenenhilfe der SPD treffen täglich Dutzende solcher Briefe ein. Im einzelnen enthüllen sie Szenen unbeschreiblicher Grausamkeit, im ganzen die leidenschaftliche Anklage gegen ein System der Unmenschlichkeit. Es hat sich erwiesen, dass auch dieses System zu Konzessionen genötigt werden kann. Deshalb darf man nicht nachlassen, den Druck der empörten Weltmeinung wachzuhalten und zu mobilisieren, wo immer das möglich ist.

:::

Unsicher, aber forsch

sp. Die Affären Dehler und Kaiser sind für das Ansehen der Bundesregierung und in Sonderheit das des Bundeskanzlers ausserordentlich schädlich gewesen. Dabei braucht man sich nicht auf Francois-Poncet zu berufen. Dessen Brief an den Bundeskanzler ist freilich deutlich, nicht nur in seinem eigentlichen materiellen Inhalt, fast mehr noch als Illustration des deutschen Standortes auf dem internationalen Parkett. Übrigens hat, soweit wir unterrichtet sind, der französische Höhe Kommissar schon längere Zeit vor diesen neuesten Zwischenfällen den Bundeskanzler bei einer Auseinandersetzung über die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Überprüfung der Besatzungskosten noch viel deutlicher auf die Tatsache hingewiesen, dass zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten keine Gleichheit bestehe.

Aber das ist in diesem Fall nicht das entscheidende. Massgebend ist, dass eine abermalige und völlig unnötige Verschlechterung der ohnehin angespannten deutsch-französischen Beziehungen eingetreten ist. Zwischen beiden Völkern oder genauer gesagt, ihren Regierungen, steht noch manche echte Meinungsverschiedenheit einer echten Aussöhnung im Wege. Umso peinlicher muss es empfunden werden, wenn dazu künstliche, nur durch ein bisschen politischen Takt vermeidbare Dissonanzen geschaffen werden. Wie sehr sich die Stellung der Bundesregierung verschlechtert hat, ergibt sich daraus, dass Francois-Poncet nach unseren Informationen einen Vorschlag Adenauers, den Bundesminister Dehler zu einem klärenden Gespräch zu empfangen, mit dem kühlen Hinweis beantwortet hat, er sei daran nicht interessiert.

Der Bundeskanzler will jetzt seine Minister etwas kürzer an den Zügel nehmen. Ob damit einigermaßen mehr Sicherheit vor künftigen Betriebsunfällen geschaffen ist, darf man bezweifeln, denn in der Saarfrage ist der Bundeskanzler zweifellos äusserst selbständig vorgegangen und er hat, z.B. in der Art, in der er das Angebot der Internationalisierung der Saar gemacht hat, alles andere als geschickt operiert. Echte Unsicherheit und unbedachte Forcierung mit dem Ziel, diese Unsicherheit zu überdecken, sind, so scheint uns, wesentliche Kennzeichen der Regierungstaktik. Auf Schritt und Tritt wird dadurch Schaden angerichtet, der leider nicht nur auf Kosten der Regierung, sondern der deutschen Bevölkerung geht. (m/1/261/hs)

:::

### Finnlands Regierungsprobleme

-----  
 Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Die Tage der sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Finnland unter der Leitung von August Fagerholen sind gezählt.

Am 1. März tritt Präsident Paasikivi, von dem man annehmen kann, dass er am 15. Februar wieder gewählt wird, sein Amt an. Gleichzeitig wird die amtierende Regierung ihre Demission einreichen. Eine Regierungsbildung in Finnland ist immer eine heikle Frage, angesichts der Tatsache, daß dies Land, wenn man von den besonderen Verhältnissen in Jugoslawien absieht, das einzige geblieben ist, das - im Kraftfeld der östlichen Großmacht - seine innenpolitische Selbständigkeit bewahren konnte. Wird die neue Regierung imstande sein, sie weiter aufrechtzuerhalten? Das ist die politische Kardinalfrage, die seit Kriegsende vor jeder finnischen Regierung stand, und die auch in Zukunft vor jeder finnischen Regierung stehen wird.

Vom Herbst 1944 bis Juni 1948 ist Finnland von Regierungen der sogenannten rot-grünen Koalition geleitet worden. Sie wurden von drei Parteien getragen: den Kommunisten, den Sozialdemokraten und der Agrarpartei. Die Kommunisten waren in diesem Zeitraum mit 51 von 200 Abgeordneten die stärkste Partei des Reichstags. Namen wie Pekkala und Leino charakterisierten diese Periode.

Die Reichstagswahl 1948 hatte die Kommunisten vom ersten auf den dritten Platz zurückgeworfen. Trotzdem hielt man es aus ausserpolitischen Gründen für opportun, auch nach der Wahl die rot-grüne Koalition aufrechtzuerhalten, natürlich unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Veränderung des Kräfteverhältnisses der Parteien. Das scheiterte an den Kommunisten, die auch als schwächster Partner in dieser Koalition ihre Ansprüche auf die Posten des Ministerpräsidenten und Innenministers aufrechterhalten wollten.

Da auch zwischen Sozialdemokratie und Agrarpartei keine Einigung über eine gemeinsame Regierung gefunden werden konnte, wurde im

Sommer 1948 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unter

Fagerholen gebildet.

Agrarier und Kommunisten schlossen eine Art Oppositionskoalition und haben im Verlauf von 1 1/2 Jahren fünfmal - zuletzt noch am 13. Januar ds. Js. - versucht, die sozialdemokratische Regierung zu stürzen. Sie ist jedesmal durch das Dazwischentreten der bürgerlichen Parteien vor einem Sturz bewahrt worden.

Sehr deutlich trat auch das agrarisch-kommunistische Zusammenspiel bei der Elektorenwahl in Erscheinung. Agrarier und Kommunisten hatten zwar zwei verschiedene Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Sie marschierten getrennt, hofften aber, vereint am 15. Februar den überparteilichen Kandidaten Paasikivi zu schlagen. Das ist nicht gelungen. Paasikivi erzielte mit grossem Übergewicht die Mehrheit im Elektorenkollegium und die stärkste Partei des Reichstages, die Agrarpartei, konnte nur die geringste Anzahl Elektoren für ihren Kandidaten Kekkonen durchbringen. Sie wurde sogar von den parlamentarisch viel schwächeren Kommunisten geschlagen.

So deutet die Entwicklung auf eine Regierungsbildung hin, die alle parlamentarischen Kräfte zusammenfasst, die bisher Fagerholen gestützt und die in der Elektorenwahl insgesamt einen grösseren Erfolg für Paasikivi erzielt haben, als es ihrer augenblicklichen Stärke im Reichstag entspricht. Eine solche Koalition würde bei 200 Abgeordneten im Reichstag über eine Mehrheit von 106 Stimmen verfügen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Fagerholm eine solche Lösung erstrebt. Es gibt aber starke Kräfte in der Sozialdemokratie gegen eine solche Regierungsbildung. Die finnische Sozialdemokratie als Partei hat sich bei der Elektorenwahl nicht offen für Paasikivi eingesetzt und das hatte zur Folge, dass Hunderttausende von sozialdemokratischen Wählern sich der Stimme enthalten haben. Dagegen hat Fagerholen selbst sehr nachdrücklich für die Wiederwahl Paasikivis plädiert. Diese offene Stellungnahme brachte ihm insofern einen persönlichen Erfolg, als er in Helsinki nicht nur

Hertta Kuusinen schlagen, sondern auch die sozialdemokratischen Stimmen im Vergleich zur Reichstagswahl erhöhen konnte. Die Ursache für die schwankende Haltung der Sozialdemokratie bestand darin, dass es zwischen Paasikivi, der aus der konservativen Sammlungspartei hervorgegangen ist und der finnischen Sozialdemokratie viel historisch-politischen Zündstoff gegeben hat, der leicht wieder vom kommunistischen Gegner angefacht werden kann.

Die Regierungsbildung wird also entscheidend davon abhängig sein, ob es Fagerhollen gelingt, die Partei auf seine Linie zu bringen. Ausgeschlossen erscheint jedoch eine erneute Koalition mit den Kommunisten, deren Ansprüche nach wie vor ein unübersteigliches Hindernis bilden. Abgesehen davon haben die Ereignisse seit Ausschaltung der Kommunisten aus der finnischen Regierung eine Tatsache überdeutlich gemacht:

Ein Land im Machtbereich der Sowjetunion lebt länger und freier, wenn es vom Kreml beschimpft, als wenn es vom Kreml umgarnt wird.

#### Umfassende Reservisten-Einberufungen

sp. Nach einer vom amtlichen tschechischen Pressebüro ausgegebenen Meldung erfolgen in diesem Jahre die Einberufungen zu Reserveübungen in einem auffallend starken Umfang. Die Einberufungen lauten auf zwei zeitlich getrennte Abschnitte, und zwar für die Frühjahrsübungen im Mai und Juni und für die Herbstübungen im Juli und August. Von den Mannschaften und Unteroffizieren der Reserve und Ersatzreserve werden die Musterungsjahrgänge 1939, 1941 und 1943 einberufen, vom Jahrgang 1947 alle jene, deren aktive Dienstzeit kürzer als 18 Monate war. Die Übungen dauern für die Mannschaften 21, für die Reserveoffiziere 28 Tage. Von letzteren werden die Jahrgänge 1938, 1940, 1942, 1944 und 1946 einberufen und vom Jahrgang 1947 ebenfalls jene mit unter 18 Monaten aktiver Dienstzeit. Die Militärbehörden machen jetzt schon darauf aufmerksam, dass Gesuche um eine Verschiebung zum nächsten Jahr nur in ganz ausserordentlichen Fällen genehmigt werden und appellieren an die Planungskommissionen, die Planungen im Rahmen des Fünfjahresplanes so zu treffen, dass solche Gesuche gar nicht erst eingereicht zu werden brauchen. Ein gewisses Entgegenkommen dürfen nur die Reservisten finden, welche auf den staatlichen Traktorenstationen beschäftigt sind, um Anbau und Ernte nicht zu gefährden.